

9/SN-290/ME  
1 von 4

**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 31 1014/8-II/7/92 / 25

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Sachbearbeiter:  
Koär. Mag. Gauss  
Telefon:  
51 433 / 1826 DW

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungs-  
gesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz  
geändert werden;  
(Beschäftigungssicherungsgesetz-BSG);  
Zahl 34.401/6-3a/92.

**Dringend**

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl Renner Ring 3  
1010 Wien

|                        |                           |
|------------------------|---------------------------|
| Betrifft GESETZENTWURF |                           |
| Zl. <u>124</u>         | -GE/19- <u>P2</u>         |
| Datum:                 | 2. NOV. 1992              |
| Verteilt               | 05. Nov. 1992 <u>Blm.</u> |

*Dr. Fugate*

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betr. die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzesentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen beiliegend seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten und mit Note vom 8. Oktober 1992, do. Zahl 34.401/6-3a/92, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungsgesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert werden (Beschäftigungssicherungsgesetz-BSG), zu übermitteln.

Anlage

23. Oktober 1992

Für den Bundesminister:  
Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*



**BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN**

GZ. 31 1014/8-II/7/92

DVR: 0000078  
Himmelpfortgasse 4-8  
Postfach 2  
A-1015 Wien  
Telex 111688  
Telefax 513 99 93

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Arbeitsmarktförderungsgesetz, das Arbeitsverfassungs-  
gesetz und das Ausländerbeschäftigungsgesetz  
geändert werden;  
(Beschäftigungssicherungsgesetz-BSG);  
Zahl 34.401/6-3a/92.

Sachbearbeiter:  
Koär. Mag. Gauss  
Telefon:  
51 433 / 1826 DW

An das  
Bundesministerium für  
Arbeit und Soziales

Stubenring 1  
1010 Wien

Gemäß § 14 Absatz 1 BHG ist jedem Entwurf für ein Bundesgesetz oder eine  
Verordnung von dem Bundesminister, in dessen Wirkungsbereich der Entwurf  
ausgearbeitet wurde, eine Stellungnahme zu den finanziellen Auswirkungen  
anzuschließen, aus der insbesondere hervorzugehen hat,

1. ob und inwiefern die Durchführung der vorgeschlagenen Vorschriften  
voraussichtlich vermehrte Ausgaben für den Bund verursachen wird;
2. wie hoch diese Ausgaben für jedes Jahr innerhalb des laufenden Budgetprognose-  
zeitraumes zu beziffern sein werden;
3. aus welchen Gründen diese Ausgaben notwendig sind, und welcher Nutzen  
hievon erwartet wird;
4. welche Vorschläge zur Bedeckung dieser Ausgaben gemacht werden.

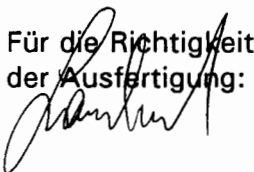
Die im Vorblatt zum do. Entwurf angeführte aber gänzlich unkomentierte und nicht erläuterte Feststellung von Kosten in Höhe von 230 Mio. S entspricht diesem grundsätzlichen haushaltsrechtlichen Gebot in keinsten Weise, weswegen das Bundesministerium für Finanzen dem vorliegenden Entwurf seine Zustimmung nicht erteilen kann.

23. Oktober 1992

Für den Bundesminister:

Dr. Schultes

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schultes', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.